

**Parlamentarischer Vorstoss**

- Motion
- Postulat
- Interpellation mündlich
- Interpellation schriftlich

Eingereicht von

Andreas Hobi / GRÜNE

---

**Welle der Flüchtenden überfordert die Sozialen Dienste**

---

Der Bund hat rund 50'000 Flüchtenden aus der Ukraine den Schutzstatus S gewährt. Die meisten der Geflüchteten haben keine finanziellen Mittel oder können auf diese nicht zugreifen, weshalb sie von der Sozialhilfe unterstützt werden. Für die Geflüchteten, die der Stadt St.Gallen zugeteilt werden, müssen Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden. Anders als in der Zeit der grossen Flüchtlingswelle 2015, wurde bislang auf die Eröffnung der Zivilschutzanlage Riethüsli verzichtet, was zur Folge hat, dass unzählige Wohnungen zu einem sehr günstigen Preis angemietet werden müssen. Gastfamilien, die Flüchtende freiwillig aufgenommen haben, bedürfen der Begleitung und Unterstützung bei unzähligen Fragen rund um die Unterbringung. Mit der fortschreitenden Dauer des Konflikts, ziehen bereits erste Gastfamilien ihr Unterstützungsangebot zurück, was zur Folge hat, dass auch für diese Geflüchteten Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden müssen. Dies muss häufig sehr zeitnah erfolgen. Geflüchtete, die in Wohnungen untergebracht sind, bedürfen der Begleitung bei den täglichen Fragen des Lebens.

Sämtliche dieser Aufgaben: Unterbringung, finanzielle Unterstützung und direkte Begleitung der Flüchtenden und der Gastfamilien werden von den Sozialen Diensten, Abteilung Sozialhilfe mit dem bestehenden Personalbestand geleistet. **Diese grosse zusätzliche Arbeit überfordert die Kapazitäten der Sozialen Dienste.**

Seit März 2022 hat die Stadt St.Gallen rund 320 Personen aus der Ukraine aufgenommen. Wie der Presse zu entnehmen ist, hat der Kanton St.Gallen im schweizerischen Vergleich noch zu wenig Flüchtende aufgenommen, weshalb mit einer noch höheren Zahl an Zuweisungen zu rechnen ist. Die Zahl der Personen, die bei Gastfamilien in der Stadt St.Gallen untergekommen sind und sich noch nicht bei den Sozialen Diensten gemeldet haben, ist unklar. Ebenso unklar ist, wie viele Personen noch zusätzlich über private Helfernetze in die Stadt St.Gallen kommen werden und sich ebenfalls bei den Sozialen Diensten mit der Bitte um Unterstützung melden werden.

**Auswirkungen**

Die Übernahme der zusätzlichen Aufgaben rund um die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine hat zur Folge, dass sich die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste mit einer exorbitanten Zunahme von Fällen konfrontiert sehen. Viele Themen rund um die Aufnahme von Geflüchteten mit S-Status müssen geklärt werden, was einen hohen Koordinationsaufwand zur Folge hat. Die Anmietung von Wohnraum und die Platzierung von Flüchtenden innert kürzester Zeit, ist enorm aufwändig.

Da diese Aufgaben mit dem bestehenden Personalbestand geleistet werden, sehen sich die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste gezwungen, die Unterstützung und Begleitung **aller** Sozialhilfebeziehenden so zu reduzieren, dass die zusätzlichen Aufgaben gestemmt werden können. Konkret heisst das, dass Klient:innen nicht mehr zu Besprechungsterminen eingeladen werden können, wenn dies nicht dringend notwendig ist. Die Sozialhilfeleistungen werden ausgezahlt, ohne dass die notwendige sorgfältige Prüfung erfolgt, sowie sind zeitaufwändige Arbeitsintegrationsmassnahmen **nicht mehr möglich. Subsidiäre Ansprüche (Kinderzulagen, Alimenten, Sozialversicherungsleistungen etc)**, die häufig mit einer intensiven Beratung verbunden sind, können nicht mehr geprüft werden, gehen vergessen oder es fehlt die Zeit, diese geltend zu machen.

Umfassend gute Sozialhilfe, die nicht nur Geldleistungen auszahlt, sondern sich um die berufliche und soziale Integration oder Stabilisierung **aller** Sozialhilfebeziehenden in der Stadt St.Gallen kümmert, und so als Folge weniger Kosten verursacht, wird so nicht mehr möglich sein. **Das hat einen qualitativen Abbau zur Folge, der nicht zu unterschätzende Folgekosten nach sich ziehen wird. Es ist zu befürchten, dass gut ausgebildetes und sehr motiviertes Personal kündigt und so den Sozialen Diensten verloren geht und sehr schwer zu ersetzen sein wird.** Das Personal der Sozialen Dienste, Abteilung Sozialhilfe, die im administrativen Bereich und in der IT beschäftigt sind, sind von dieser Entwicklung ebenfalls sehr stark betroffen.

**Handlungsbedarf ist vonnöten, aber nicht im Sinne der zusätzlichen Beschäftigung der Fachleute der Sozialhilfe mit der Erfassung von Daten für Statistiken, um die Ausgangslage zu «beweisen», sondern im möglichst schnellen Bereitstellen von entsprechenden personellen und materiellen Ressourcen zur Bewältigung dieser Welle der Flüchtenden.**

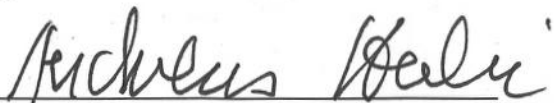
#### Fragen an den Stadtrat:

1. Ist mit der Eröffnung von Gruppen- bzw. Massenunterkünften zu rechnen? Wenn ja, in welchem Zeitraum und an welchen Standorten?
2. Mit welchen Mehrkosten, die die Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine verursachen, rechnet der Stadtrat?
3. Welche zusätzlichen Mittel will der Stadtrat sofort sprechen, damit genügend Personal (Fach- und administratives Personal) angestellt, Büroräumlichkeiten angemietet und Logistik organisiert werden kann, so dass die Sozialhilfe **allen** Sozialhilfebeziehenden gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz gerecht werden kann?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

24.05.2022

Datum

  
Unterschrift

## Unterschriften Parlamentarischer Vorstoss

Name, Vorname	Partei	Unterschrift	Name, Vorname	Partei	Unterschrift
Akeret Alexandra	SP		Keller-Stadler Gisela	die Mitte	<i>[Signature]</i>
Angehrn Evelynne	SP		Kobler Liliane	FDP	
Angehrn Patrik	die Mitte		Königer Doris	SP	<i>[Signature]</i>
Balok Chompel	SP	<i>C. Balok</i>	Kühne Werner	FDP	
Baur Marcel	glp	<i>[Signature]</i>	Kuratli Donat	SVP	
Bechtiger Roger M.	die Mitte		Lemmenmeier Eva	SP	<i>[Signature]</i>
Bertoldo Daniel	EVP	<i>[Signature]</i>	Liechti Ivo	die Mitte	
Betschart Yves	jglp		Meyer Veronika R.	Grüne	<i>V. Meyer</i>
Bodenmann Marlene	SP	<i>[Signature]</i>	Mitrovic Vica	SP	<i>[Signature]</i>
Brunner Jürg	SVP	<i>[Signature]</i>	Müller Clemens	Grüne	<i>C. Müller</i>
Cozzio Rebecca	die Mitte	<i>[Signature]</i>	Neuweiler René	SVP	
Crottogini Eva	SP	<i>E. Crottogini</i>	Niederhauser Nadine	glp	<i>N. Niederhauser</i>
Diem Melanie	glp	<i>[Signature]</i>	Olibet Peter	SP	<i>[Signature]</i>
Dörig Maja	SP	<i>[Signature]</i>	Rizvi Miriam	JUSO	<i>[Signature]</i>
Dudli Andreas	FDP		Ronzani Manuela	SVP	
Eberhard Gabriela	SP	<i>[Signature]</i>	Rotach Marcel	FDP	
Fässler Magdalena	glp		Rütsche Beat	die Mitte	<i>[Signature]</i>
Federer Cornelia	Grüne	<i>[Signature]</i>	Saxer Corina	FDP	
Garobbio-Campi Nadia	FDP		Schimke Karl	FDP	
Gasser-Beck Jacqueline	glp	x	Schmid Angelica	SP	<i>A. Schmid</i>
Giger Thomas	SVP		Schmid Rebekka	J Grüne	<i>[Signature]</i>
Granitzer Esther	SVP	<i>[Signature]</i>	Schönbächler Philipp	glp	<i>[Signature]</i>
Grob Stefan	die Mitte	<i>[Signature]</i>	Schürch Marlène	SP	<i>[Signature]</i>
Hälg Konstantin	JF	x	Stähelin Louis	die Mitte	<i>[Signature]</i>
Heeb Jenny	SP		Thurairajah Jeyakumar	Grüne	<i>[Signature]</i>
Herzog Mischa	Grüne	<i>[Signature]</i>	Wäspe Remo	SVP	
Hobi Andreas	Grüne	<i>[Signature]</i>	Welbel Lara	SP	<i>[Signature]</i>
Hornstein Andrea	PFG	x	Wenger Lydia	SP	<i>[Signature]</i>
Huber Christian	Grüne	<i>[Signature]</i>	Wettach Christoph	glp	
Hufenus Gallus	SP	<i>[Signature]</i>	Winter-Dubs Karin	SVP	<i>[Signature]</i>
Keller Felix	FDP		Zwicky Mosimann Elisabeth	FDP	
Keller Stefan	FDP				